II. Öffentliche Verantwortung der Kirche

1. Die Gründung der »Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt«

Von Thomas Fischer

1. Einleitung

Am 11. Februar 2016 trat die »Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« im Rahmen einer gemeinsam organisierten Pressekonferenz in Berlin erstmals an die Öffentlichkeit. In dem gemeinsamen Aufruf mit dem Titel »Die Würde des Menschen ist unantastbar« verliehen die in der Allianz zusammengeschlossenen Partnerorganisationen ihrer tiefen Sorge Ausdruck,

> [...] dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit dazu nutzen, Feindseligkeit zu schüren und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. Jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, auf dessen Mit-Initiative hin das neue Bündnis zustande gekommen war, erklärte bei der Eröffnung der Pressekonferenz:

> Sowas gab es noch nie! [Die Allianz für Weltoffenheit ist] wohl eine der größten zivilgesellschaftlichen Allianzen, die wir bislang in Deutschland gesehen haben.

In der Tat handelte es sich bei der Allianz um einen Zusammenschluss von Organisationen und Verbänden, der die Zivilgesellschaft und Wirtschaft Deutschlands in ihrer ganzen Bandbreite abbildet. Ihr gehörten neben den Sozialpartnern, vertreten durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), die katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK), der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland, der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie der Deutsche Kulturrat an. Weiteres Gründungsmitglied der Allianz war die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).[1]

1. Neben dem Rat der EKD sind als evangelische Beteiligte zu nennen: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (AEJ); Chorverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland; CVJM Gesamtverband in Deutschland e. V.; Evan-

Auf Ebene einzelner Länder und auch auf kommunaler Ebene existierten Demokratiebündnisse und -netzwerke in vergleichbarer Zusammensetzung zwar schon deutlich länger als die Allianz für Weltoffenheit. Ihr eigentliches Novum lag aber darin, dass es sich bei den Allianzpartnern durchgängig um einige der größten Bundesorganisationen bzw. bundesweit organisierten Dachverbände in unserem Land handelt.

Auslöser der Gründung dieser »Bundesallianz« waren die politischen Entwicklungen, die seit dem Oktober 2014 immer deutlicher erkennen ließen, wie massiv die Gefahr wachsender gesellschaftlicher Spaltung durch die antidemokratische und menschenfeindliche Stimmungsmache eines erstarkenden Rechtspopulismus zugenommen hatte. Schon kurz nach den gewalttätigen Ausschreitungen von »HoGeSa« (»Hooligans gegen Salafisten«) in Köln hatte »Pegida« (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) im Herbst 2014 erstmals zu sogenannten »Abendspaziergängen« in Dresden aufgerufen«. Bereits zuvor – im Spätsommer – war die erst 2013 gegründete Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in die Landtage Brandenburgs, Thüringens und Sachsens eingezogen, nachdem sie dort gezielt mit islam- und fremdenfeindlichen Parolen Wahlkampf gemacht hatte.

Im ersten Halbjahr 2015 schien es dann zunächst so, als ob sich die Lage etwas beruhigen würde. Der AfD gelang es zwar in den Wahlen in Bremen und Hamburg, erstmals Sitze in westdeutschen Landesparlamenten zu gewinnen. Sie schnitt dort aber deutlich schlechter ab als in den vorangehenden drei ostdeutschen Landtagswahlen. Zudem hatte der eurokritische Kurs der Partei, der bislang im Fokus der AfD-Wahlkampfstrategie gestanden hatte, deutlich an Zugkraft verloren. Die Zukunftsaussichten schienen düster für die Partei, nachdem Bernd Lucke mit Unterstützung des völkisch-nationalen Flügels im Vorsitz von Frauke Petry verdrängt worden war und mit seiner bisherigen wirtschaftsliberalen Führungsriege die Partei verlassen hatte. In allen Wählerumfragen lag die AfD zu diesem Zeitpunkt deutlich unter fünf Prozent.

Das Bild änderte sich aber schlagartig, nachdem die Zahl an Flüchtlingen, die Deutschland erreichten, nach Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im September 2015 sprunghaft anstieg. Im Dezember 2015 bezeichnete Alexander Gauland, der damalige stellvertretende Bundessprecher der AfD, die »Flüchtlingskrise« und die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den berühmt gewordenen Worten »Wir schaffen das!« umschriebene Zuversicht, dass Deutschland den Zuzug hunderttausender Geflüchteter verkraften und organisieren könne, als Geschenk für seine Partei. Die AfD vollzog nun endgültig den Rechtsruck zu einer völkisch-nationalistischen Anti-Einwanderungspartei und legte in den Umfragewerten gewaltig zu. Im Frühjahr 2016 erzielte sie bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit 15, 1 bzw. 12, 6 % zweistellige Stimmergebnisse und wurde in Sachsen-Anhalt mit 23, 1 % sogar zweistärkste

---

gelische Akademien in Deutschland e. V. (EAD); Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie e. V. (EAF); Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Evangelische Freiwilligendienste; Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr (EAS); Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt e. V. (KWA); Evangelisches Missionswerk in Deutschland; Vereinigung Evangelischer Freikirchen e. V. (VEF). Als weitere Beteiligte sind die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V (ASF) und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen e. V. (ACK) zu nennen.

Kraft nach der CDU (29, 6 %). Im September folgten die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo sie ebenfalls zweistellig abschnitt – in Mecklenburg-Vorpommern erreichte sie mit 20, 8 % wiederum den zweiten Platz, diesmal hinter der SPD (30, 6 %).

In der zweiten Jahreshälfte 2015 prägten zunehmend Begriffe, wie »Flüchtlingschaos«, »Asylchaos«, »Flüchtlingsflut« oder sogar »Flüchtlingstsunami« die politische und mediale Debatte – Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten, das ihnen zusätzliche Wählerinnen- und Wählerstimmen zutrieb. Weiter aufgeheizt wurde das öffentliche Klima vor allem durch die Diskussion um die Geschehnisse auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht 2015, wo es zu massiven sexuellen Übergriffen, Belästigungen und Raubfällen von jungen Männern gegen hunderte Frauen gekommen war – unter den Tatverdächtigen etliche Asylbewerber. Und auch die doppelte Welle von Terroranschlägen in Paris, die im Januar und November 2015 von militanten Islamisten begangen wurden, trugen zu einem wachsenden Gefühl der Verunsicherung in der Öffentlichkeit bei. Von den Rechtspopulisten wurden all diese Vorfälle systematisch instrumentalisiert, um die humanitär begründete Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland gleichzusetzen mit einer massiven Bedrohung der inneren Sicherheitslage.

Gleichzeitig zeigte der drastische Anstieg von Gewalttaten gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte, der im Laufe des Jahres 2015 zu beobachten war, wie massiv die steigenden Flüchtlingszahlen die Fremdenfeindlichkeit geschürt hatten. Schlaglichtartig soll in diesem Zusammenhang nur an den Brandanschlag im sachsen-anhaltinischen Tröglitz und die flüchtlingsfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau erinnert werden. Insgesamt war die Zahl dieser Angriffe von 199 im Jahr 2014 auf über 1.000 im Jahr 2015 angestiegen.

Binnen kürzester Zeit hatte sich damit das öffentliche Stimmungs- und Meinungsbild radikal verändert. Stand zu Beginn noch das beeindruckende Engagement der zahllosen ehren- und hauptamtlichen Helfer im Mittelpunkt der Flüchtlingsdebatte – als Ausdruck eines weltoffenen Deutschlands und seiner Willkommenskultur –, so war es dem erstarkenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Lager bis zum Jahresende 2015 gelungen, mit seinen menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Parolen den öffentlichen und politischen Diskurs wesentlich zu prägen.

Ausschlaggebend für die Gründung der »Allianz für Weltoffenheit« war in dieser Situation der Wille aller beteiligten Organisationen und Verbände, der wachsenden Polarisierung der öffentlichen Debatte und den immer unverhohleneren Versuchen der Rechtspopulisten rund um die AfD und Pegida, den demokratischen Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft zu schwächen, entschlossen Einhalt zu gebieten. Der Anspruch der Allianzpartner war es, als starke Stimme der zivilgesellschaftlichen Mitte deutlich zu machen, dass eine große Mehrheit der Menschen in unserem Lande das Zusammenleben in gesellschaftlicher Vielfalt als wertvolles Gut betrachtet, sich deshalb für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzt und zu den Grundsätzen unseres demokratischen Rechtsstaats steht. Die Allianz für Weltoffenheit hatte sich zum Ziel gesetzt, jeder Form von völkischem Nationalismus, Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt entschieden entgegenzutreten und mit aller Entschlossenheit dafür zu sorgen, dass die Unantastbarkeit der Würde des Menschen für niemanden und von niemandem in Frage gestellt wird.

Die Allianz wollte ein starkes Signal für Demokratie, Solidarität und Weltoffenheit setzen. Dafür unterstützt sie Initiativen wie »die Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, arbeitet mit Demokratiebündnissen und -netzwerken auf lokaler und regionaler Ebene zusammen und führt eigene Veranstaltungen durch. So führte sie in ihrem Gründungsjahr neben der Veröffentlichung ihres Aufrufs vom Februar 2016 im Vorfeld der Landtagswahl in Baden-Württemberg gemeinsam mit dem DGB-Bezirk Baden-Württemberg eine öffentliche Podiumsdiskussion durch und übernahm die Schirmherrschaft über das »Konzert der Religionen« der Mecklenburgischen Staatskapelle in Wismar. Sie meldete sich als Stimme der Vernunft öffentlich zu Wort – u. a. zu dem Bombenschlag auf den Brüsseler Flughafen vom März 2016, zu der Serie von Gewalttaten in Nizza, Würzburg, München, Ansbach, Reutlingen und dem französischen Saint-Étienne-du-Rouvay, die im Sommer 2016 die Menschen mit Angst erfüllten, sowie zu dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche Ende 2016.

Mit diesen Aktivitäten entfaltete die Allianz Signalwirkung in der Fläche. Ihr Gründungsaufruf wurde von rund 200 bundesweiten Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt.[2] Zusätzlich wurden im Gründungsjahr 2016 analog zu der Zusammensetzung der Allianz auf Bundesebene eigene »Allianzen für Weltoffenheit« auf Landes- und Kommunalebene ins Leben gerufen – namentlich in Schleswig-Holstein, Düsseldorf und Essen.

Zum Tag der deutschen Einheit 2018 startete die Allianz für Weltoffenheit die Initiative »Deutschland #vereint« und rief Menschen, die sich privat, beruflich, in Vereinen, Parteien und Organisationen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren, dazu auf, eigene Fotos zum Thema auf der Webseite www.deutschland-vereint.de hochzuladen. Damit sollte für die Respektierung der Würde des Menschen geworben und ein Zeichen für ein weltoffenes und demokratisches Deutschland gesetzt werden. Der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, erklärte dazu, dass die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Chemnitz die Zerbrechlichkeit der Gesellschaft gezeigt hätten. Zugleich gebe es »in Deutschland eine tiefe Sehnsucht nach Halt und Orientierung«, die der Klärung bedürfe,

> aus welcher Kraft und mit welchen Grundorientierungen wir leben. Unsere Antwort auf jeden rechtspopulistischen Vereinfacher, auf jede menschenverachtende Parole, egal ob aus Ost oder West,

könne »nur trotzige Zuversicht sein«.[3]

Im nüchternen Rückblick muss man konstatieren, dass die Allianz trotz ihrer prominenten Partner und der Notwendigkeit ihres Anliegens nur in Maßen erfolgreich war. Auf weitere, von allen Partnern mitgetragene Texte konnte man sich nicht mehr einigen.

2. Siehe Liste unter www.allianz-fuer-weltoffenheit.de.
3. www.ekd.de/allianz-fuer-weltoffenheit-startet-mitmach-aktion-38072.htm:

2. Die kirchliche Berichterstattung über die Gründung

Am Gründungstag berichtete auch der Evangelische Pressedienst (epd) über die Allianz und zitierte sowohl den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, als auch Pfarrer Ulrich Lilie, den Präsidenten der Diakonie Deutschland.[4] Bedford-Strohm erklärte: »Gerade in schwierigen Zeiten muss die Gesellschaft zusammenstehen und sich für ihre Schwächsten einsetzen«. Lilie rief zum konstruktiven Dialog mit besorgten Bürgern auf, zugleich aber auch zu »klarer Kante« gegen Rechtsextreme:

Mehr als 500 Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte im letzten Jahr zeigen, dass noch nicht jeder in unserer Gesellschaft verstanden hat, dass die Würde jedes einzelnen Menschen unantastbar ist.

Die Evangelische Nachrichtenagentur idea berichtete in der Ausgabe vom selben Tag auf Seite 5 von der Gründung und zitierte den Ratsvorsitzenden mit dem Satz:

Jenseits von politischen Standpunkten setzen wir uns für die Grundhaltung ein, aus der unsere Gesellschaft lebt: Deutschland ist ein weltoffenes Land, dessen Verantwortungshorizont nicht an den eigenen Grenzen endet.[5]

Darüber hinaus kamen auch der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (München) und der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, Zekeriya Altug (Hamburg) zu Wort.

Das online-Portal des Magazins Chrismon berichtete nicht nur ausführlich, u. a. mit einem sechsminütigen Video-Interview mit dem Ratsvorsitzenden, sondern kommentierte auch die Zielsetzung des Bündnisses.[6]

Weil das Bündnis mit dem sperrigen Namen »Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat« auf so vielen Schultern ruht, ist der Gründungsaufruf von zwei Strängen geprägt: Einer klaren Festlegung der moralischen Linien, die die Mitte der Gesellschaft von rechts und links abgrenzen, und zugleich dem Willen, die ganze Bandbreite der Sorgen und Bedenken von Menschen innerhalb dieser Linien aufzugreifen. Er liest sich wie ein Gegenprogramm zur fremdenfeindlichen »Pegida«-Bewegung und eine demonstrative Unterstützung des »Wir schaffen das« von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), das in der Politik mehr und mehr infrage gestellt wird.

Für die badische Landeskirche erklärte deren stellvertretender Landesbischof Helmut Strack: »In Baden stehen wir voll hinter dieser Allianz und ihren Werten. Sie tragen unsere Gesellschaft«. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, sei »unmittelbarer Ausdruck des Evangeliums und der Liebe Gottes, die allen Menschen gilt«. Das von der Bundesregierung beschlossene Verbot des Familiennachzugs von

4. Epd Zentralausgabe, Nr. 29, 11. Februar 2016, 1–2.
5. idea, Nr. 39, 11. Februar 2016, 5.
6. https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2016/32005/allianz-fuer-weltoffenheit-solidaritaet-demokratie-und-rechtsstaat-berlin-gegruendet-bedford-strohm.

Bürgerkriegsflüchtlingen und die Festlegung vermeintlich sicherer Herkunftsländer seien das falsche Signal.[7]

Auch auf der Internetseite der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland wurde ausführlich über das neue Bündnis berichtet.[8] Dabei wurde auch auf das seit dem Jahr 2015 bestehende eigene Aktionsbündnis »Gemeinsam für Flüchtlinge« hingewiesen, das in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 25 lokale Initiativen und Projekte unterstützt.

3. Dokumente

Aufruf
»Die Würde des Menschen ist unantastbar«
Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt

Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, den universellen Menschenrechten verpflichtet. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. Zugleich steht außer Frage, dass wir unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und den Anliegen der vielen schutzsuchenden Menschen gerecht zu werden. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union darf sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen.

Die Aufnahme und Integration der vielen Flüchtlinge sind verbunden mit großen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern sowie die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden, Polizei, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen leisten Beeindruckendes. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ungebrochene Hilfsbereitschaft zeugt davon, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit zu den prägenden Werten unserer Gesellschaft gehören.

Deutschland braucht erheblich mehr Investitionen in seine Zukunftsfähigkeit. Dies zeichnet sich bereits seit Langem ab, wird angesichts der hohen Flüchtlingszahlen aber immer dringlicher. Wir benötigen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, ausreichenden bezahlbaren Wohnraum, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sowie Sicherheit vor Gewalt. Menschen, die von Armut, Arbeitslosigkeit oder fehlender sozialer Absicherung betroffen sind, dürfen bei der Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen nicht vernachlässigt werden. Alle müssen die gleiche Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Integration und die Verhin-

---

7. www.ekiba.de/html/aktuell/aktuell_u.html?&m=31&artikel=9820&cataktuell=331.

8. www.adventisten.de/news/artikel/go/2016-02-11/die-wuerde-des-menschen-ist-unantastbar/848/.

derung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Organisationen der Wohlfahrtspflege sowie die gesamte Zivilgesellschaft müssen auch weiterhin Verantwortung tragen. Wir sind überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam bewältigen können.

Ein friedliches Miteinander und die Integration in die deutsche Gesellschaft gelingen nur dann, wenn die Werte des Grundgesetzes und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. Dies bedeutet etwa, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion ohne Unterschied anerkannt werden muss. Es bedeutet aber auch, dass niemand die eigene kulturelle oder religiöse Prägung als Deckmantel missbrauchen darf, um die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der körperlichen Unversehrtheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage zu stellen oder Minderheiten zu diskriminieren. Dort, wo das Gewaltmonopol des Staates missachtet oder Straftaten begangen werden, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Straftäter mit ausländischer Staatsangehörigkeit müssen gegebenenfalls mit der Beendigung ihres Aufenthalts in Deutschland rechnen.

Viele Flüchtlinge werden für lange Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Jeder Einzelne von ihnen muss als Mensch mit seinem Schicksal und seinen oft leidvollen Erfahrungen wahrgenommen werden. Ein nachhaltiger Integrationserfolg setzt ausreichende Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Bereitschaft zur Integration voraus. Deutsch zu lernen ist dabei genauso wichtig wie ein möglichst früher Zugang zu Integrationsmaßnahmen, Bildung, Kultur, Arbeit und Sport.

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen. Dafür sind möglichst betriebsnahe Maßnahmen, die den Einstieg in eine qualifizierte Berufsausbildung und deren erfolgreichen Abschluss ermöglichen, genauso wichtig wie Qualifizierungsmaßnahmen zur Aufnahme einer Beschäftigung. Die Maßnahmen und Programme müssen zu einer Gesamtstrategie für die Schaffung ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen zusammengeführt werden.

Wir wollen Demokratie und Rechtsstaat stärken. Wir stehen für Solidarität und Weltoffenheit. Wir sind davon überzeugt: Jeder, der in unserem Land Schutz sucht, muss Anspruch haben auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Auch denjenigen, die wegen wirtschaftlicher Not und Elend nach Deutschland kommen und als Ergebnis eines rechtsstaatlichen Verfahrens keine Bleibeperspektive haben und deshalb in ihre Heimat zurückkehren müssen, ist mit Empathie und Respekt zu begegnen.

Mit großer Sorge erfüllt uns die Tatsache, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit dazu nutzen, Feindseligkeit zu schüren und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. Jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Wir rufen dazu auf,

- die Flüchtlings- und Einwanderungsdebatte sachlich und lösungsorientiert zu führen statt öffentlich Ressentiments zu schüren oder parteitaktische Interessen zu verfolgen,
- menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen, gleich woher sie kommen und gegen welche Gruppe sie sich richten, entgegenzutreten,
- rechtsextreme, menschenverachtende Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie Helferinnen und Helfer strafrechtlich konsequent zu verfolgen.

Wir treten ein für

- die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- einen Dialog über kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und die Schaffung von Räumen der Begegnung,
- eine solidarische und nachhaltige Politik, die allen in Deutschland lebenden Menschen gerechte Teilhabechancen eröffnet,

- ein verbessertes Bildungsangebot als Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration,
- eine Flüchtlingspolitik, die im Einklang mit unseren humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen steht und faire Asylverfahren garantiert,
- den Schutz der Grundrechte, zu denen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ebenso zählen wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Diskriminierungsverbot,
- den Schutz aller Menschen vor Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass,
- ausreichende finanzielle Vorsorge, damit die bestehenden und durch die Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlichen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Integration erfüllt werden können,
- die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bei der Bekämpfung von Kriminalität und ein friedliches Miteinander ohne Gewalt,
- ein Europa, das die Menschenwürde schützt und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben schafft.
- Gerade in Krisenzeiten dürfen wir die rechtsstaatlichen, sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft nicht aufgeben. Die Würde des Menschen zu schützen, ist unser Ziel. Deshalb engagieren wir uns mit vereinten Kräften für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa.

Pressemeldung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 11. Februar 2016

(www.ekd.de/pm14_2016_allianz_fuer_weltoffenheit.htm)
Anlässlich der heute in Berlin vorgestellten »Allianz für Weltoffenheit« haben sich die beiden großen christlichen Kirchen für den Schutz der individuellen Würde von Flüchtlingen und Migranten in Deutschland und gegen ein Klima der Verunsicherung ausgesprochen. »Wer mit Worten oder Taten zur Ausgrenzung und Herabsetzung von Flüchtlingen und Migranten beiträgt, der kann sich nicht auf das Christentum berufen«, sagte der Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch für die Deutsche Bischofskonferenz. »Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass stehen nicht nur im klaren Widerspruch zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern zeugen letztlich immer von einer tiefen Missachtung der christlichen Botschaft.«

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, verwies auf das Engagement hunderttausender ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer in den Kirchengemeinden. »Es ist eine Botschaft der Kraft, die ich von dort mitnehme. Die Verschärfung der Rhetorik, die demgegenüber in der politischen Debatte wahrzunehmen ist, steht im Widerspruch dazu und hilft nicht beim konstruktiven Umgang mit den Herausforderungen. Sie führt zu Verunsicherung, die lähmt anstatt zu motivieren,« so der Ratsvorsitzende.

Das Bündnis könne zu einer Stärkung des sozialen Grundkonsenses in Deutschland beitragen, der sich aus einem Geist der Zuversicht speise, so die Bischöfe.

Die »Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« hat sich am Donnerstag in Berlin vorgestellt. In einem gemeinsamen Aufruf appellieren die zehn Allianzpartner angesichts der aktuellen Herausforderungen, demokratische Grundwerte und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren sowie Hass und Intoleranz entschieden entgegenzutreten.
[...]

Allianz für Weltoffenheit ist bestürzt über Anschläge in Brüssel und spricht den Angehörigen der Opfer ihr tiefes Beileid aus (23. März 2016)

Die in der Allianz für Weltoffenheit versammelten Organisationen sind tief bestürzt über die gestrigen Anschläge in Brüssel. Sie sprechen den Angehörigen und Freunden der Opfer ihr Beileid aus. Die Attentäter dieser Anschläge und ihre Drahtzieher müssen gefunden und bestraft werden. Die furchtbaren Attentate werden uns aber nicht abhalten, für Toleranz und Weltoffenheit sowie gegen Hass einzutreten. Jetzt gilt es umso mehr, sich gemeinsam gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt zu wenden.
[...]

Aufklärung und Besonnenheit sind gefragt (3. August 2016) Stellungnahme der Allianz für Weltoffenheit zu der jüngsten Anschlagserie in Deutschland und Frankreich

Nizza, Würzburg, München, Ansbach, Reutlingen, Saint-Étienne-du-Rouvray – die Welle mörderischer Gewaltakte trifft uns bis ins Mark. Die erste – und natürliche – Reaktion ist Verunsicherung bis hin zu Entsetzen. Daraus darf jedoch keine lähmende Angst werden. Denn Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Die meisten der Anschläge gehen auf das Konto Einzelner. Die Motive der Täter unterscheiden sich von Fall zu Fall – sie reichen vom Amoklauf über eine Beziehungstat bis hin zu Terrorakten, die tatsächlich in Zusammenhang stehen mit den Fanatikern des IS.

Fassungslos haben wir in jüngster Zeit erleben müssen, wie eine Welle öffentlich inszenierter Gewalttaten über uns hereingebrochen ist. Ihr Gefährdungspotential für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist immens. Wir dürfen nicht zulassen, dass der um sich greifende Schrecken instrumentalisiert wird.

Ohne Zweifel: Mit jedem Anschlag oder jedem schockierenden Angriff wird es schwieriger, Unterschiede und Abstufungen wahrzunehmen. Doch mangelnde Differenzierung bringt uns einer Lösung nicht näher. Im Gegenteil: Wenn wir nicht sorgfältig von Einzelfall zu Einzelfall unterscheiden, wenn wir nicht konsequent die vom IS pauschal beanspruchte Drahtzieherrolle hinterfragen, spielen wir dem Terror seiner Gefolgsleute zusätzlich in die Hände. Dann ist es nicht mehr weit bis zu dem Punkt, an dem die öffentliche Stimmung in kollektive Schuldzuweisungen gegen Muslime und Flüchtlinge umschlägt.

Wir sollten uns davor hüten, in den populistischen Chor jener einzustimmen, die das Schreckgespenst einer instabilen Sicherheitslage heraufbeschwören, um uns weiszumachen, die Wurzel allen Übels läge in unserer Aufnahmebereitschaft für schutzsuchende Flüchtlinge oder gar in der Unmöglichkeit eines friedlichen Miteinanders der Religionen.

Was wir stattdessen brauchen, ist eine Versachlichung der Debatte und eine Rückbesinnung darauf, dass unsere Demokratie und unser Rechtsstaat auf gemeinsamen Werten beruhen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Weltoffenheit, Toleranz, Respekt und Solidarität sind die Basis unseres friedlichen Zusammenlebens. Sie bilden den Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft trotz aller Unterschiede zusammenhält.

Die Allianz für Weltoffenheit ruft deshalb Politik, Medien und die breite Öffentlichkeit zur Besonnenheit auf und zur Unterstützung unserer Sicherheitsbehörden. An erster Stelle muss der Schutz der Menschen vor Gewalttaten stehen. Wir teilen die Auffassung, dass die Polizei dafür mehr Personal benötigt und besser ausgestattet werden muss.

Aus Sicht der Allianz für Weltoffenheit besteht die eigentliche Bewährungsprobe für Staat und Gesellschaft, für die Demokratie in Deutschland und Europa nun darin, durch

Transparenz und Information dafür zu sorgen, dass weder die menschenverachtende Propaganda des IS und anderer Terrororganisationen noch die wieder lauter werdende Stimmungsmache gegen Flüchtlinge auf fruchtbaren Boden fallen. Die Voraussetzung dafür ist, dass wir alle Augenmaß bewahren.

Wir dürfen nicht zulassen, dass jene die Meinungshoheit in der öffentlichen Auseinandersetzung gewinnen, die auf Intoleranz und Ausgrenzung setzen. Wir dürfen uns nicht einreden lassen, unsere Demokratie befände sich im Ausnahmezustand. Um unser friedliches Zusammenleben zu sichern, müssen wir in allererster Linie verhindern, dass Angst die Oberhand gewinnt. Dafür müssen wir unseren Rechtsstaat stärken, das Vertrauen in die Stabilität und Handlungsfähigkeit unserer Demokratie festigen und Wege zur erfolgreichen Integration der bei uns lebenden Flüchtlinge weisen.

Erklärung der Allianz für Weltoffenheit zu dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarktan der Berliner Gedächtniskirche (20. Dezember 2016)

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche erfüllt uns mit großer Bestürzung, Entsetzen und Trauer. Mit tief empfundenem Mitgefühl sind wir bei den Opfern und ihren Angehörigen. Unsere Dankbarkeit und unser Respekt gehören den Sanitäterinnen und Sanitätern, den Einsatzkräften und Ermittlungsbehörden, die umsichtig und besonnen auf die entsetzlichen Geschehnisse reagiert haben.

Die Allianz für Weltoffenheit ruft die Menschen in Deutschland dazu auf, angesichts der Schreckensmeldungen vom Montagabend Augenmaß zu wahren. Mehr denn je brauchen wir jetzt eine sachliche Debatte, getragen von den gemeinsamen Werten, die unser friedliches Zusammenleben erst ermöglichen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Weltoffenheit, Toleranz, Respekt und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bilden den demokratischen Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft trotz aller Unterschiede zusammenhält. Politik, Medien und Öffentlichkeit sollten nun mit Besonnenheit reagieren und die Sicherheitsbehörden bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützen. An erster Stelle muss der Schutz der Menschen vor Gewalttaten stehen.

Unter dem Eindruck des mörderischen Terrorakts an der Berliner Gedächtniskirche sieht sich unsere Allianz mehr denn je gefordert, aktiv für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und den sozialen und kulturellen Zusammenhalt in unserem Land einzutreten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Angst, Intoleranz und Ausgrenzung die Oberhand gewinnen. Es gilt, das Vertrauen in die Stabilität und Handlungsfähigkeit unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken.

Um diesem gemeinsamen Anliegen eine starke Stimme zu verleihen, haben sich unter dem Dach der Allianz folgende Partner versammelt: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bischofskonferenz, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Evangelische Kirche in Deutschland, Koordinierungsrat der Muslime, Zentralrat der Juden in Deutschland. Mitgetragen wird die gemeinsame Presseerklärung der Allianzpartner von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Diakonie Deutschland und dem Paritätischen Gesamtverband.